

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses der Stadt Lüdenscheid

am 13.08.2008

im Ratssaal

Anwesend:

Vorsitz:

Ratsherr Ingo Diller SPD

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

| | | |
|----------------------------|-------|-------------------------------------|
| Ratsherr Gordan Dudas | SPD | |
| Ratsherr Horst Eick | SPD | Vertreter für Ratsfrau Teipel |
| Ratsfrau Christel Gabler | CDU | |
| Ratsfrau Karin Hertes | SPD | |
| Ratsfrau Christine Hohnsel | CDU | |
| Herr Dominik Petereit | FDP | Vertreter für Ratsherrn Holzrichter |
| Frau Elisabeth Siebensohn | CDU | Vertreterin für Ratsherrn Sager |
| Ratsherr Michael Thielicke | SPD | |
| Herr Adolf Triffo | LL | Vertreter für Ratsherrn Biernadzki |
| Ratsherr Hansjürgen Wakup | CDU | |
| Herr Otto Bodenheimer | Grüne | |
| Herr Heinz-Rüdiger Ochel | CDU | |
| Herr Ulrich Vetter | CDU | |
| Herr Rüdiger Wilde | CDU | |

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

| | |
|------------------------|--------------|
| Herr Thomas Funk | Fraktionslos |
| Herr Martin Kornau | Fraktionslos |
| Ratsherr Kai Rodehüser | CDU |
| Ratsherr Jürgen Thiel | AfL |

Verwaltung:

| | |
|-------------------------------------|------------------------|
| Bürgermeister Dieter Dzewas | |
| Beigeordneter Wolff-Dieter Theissen | anwesend bis 17:55 Uhr |
| Herr Dieter Rotter | |
| Herr Martin Bärwolf | |
| Herr Frank Kusmirtz | |
| Frau Petra Noack | anwesend bis 17:35 Uhr |
| Frau Martina von Schaewen | |
| Herr Edgar Weinert | |
| Herr Hans-Jürgen Badziura | |
| Herr Peter Dilks | |
| Herr Klemens Dopatka | |
| Herr Hans Hutya | |
| Herr Ralf Ziomkowski | |

Frau Claudia Moning
Frau Heike Müller
Herr Frank Reinshagen
Frau Yvonne Schubert

nur zur öffentlichen
nur zur öffentlichen
nur zur öffentlichen

Schriftführung:

Frau Stefanie Scholz

Abwesend:

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

| | |
|---------------------------|-----|
| Ratsherr Peter Biernadzki | LL |
| Ratsherr Jens Holzrichter | FDP |
| Ratsherr Jürgen Sager | CDU |
| Ratsfrau Elke Teipel | SPD |

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:25 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

Entfällt!

2. Berichtswesen

2.1. Schriftliche Berichte

2.1.1. Bericht der Projektgruppe "Optimierung der Organisation der Feuer- und Rettungswache"

Frau Noack, Rats- und Bürgermeisteramt, stellt den Bericht der Projektgruppe vor. Sie zeigt anhand einer Präsentation auf, womit sich die Projektgruppe in den letzten drei Jahren beschäftigt hat und berichtet über Veränderungen, Verbesserungen und bereits realisierte einzelne Punkte.

**2.1.2. Konzept zur Förderung der Jugendfeuerwehr und des Ehrenamtes
Vorlage: 169/2008**

Beigeordneter Theissen stellt im Hinblick auf irritierende Formulierungen der örtlichen Presse vorab klar, dass die Verwaltung keine Einstellung einer Erzieherin plant, um in den Grundschulen für die Jugendfeuerwehr zu sorgen. Es wurde lediglich daran gedacht, ca. zweimal im Monat eine Honorarkraft in den Schulen einzusetzen, damit dort kindgerechter für die Jugendfeuerwehr geworben werden kann.

Herr Rutzen, Rats- und Bürgermeisteramt, präsentiert daraufhin einen kleinen Werbefilm der Jugendfeuerwehr.

Beschluss:

Das Konzept wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 15
Nein-Stimmen:
Enthaltungen:

2.1.3. Vergaben der Zentralen Gebäudewirtschaft Vorlage: 122/2008

Ohne weitere Diskussion fassen die Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses folgenden

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 15
Nein-Stimmen:
Enthaltungen:

2.2. Mündliche Berichte

2.2.1. Investitionspakt zur energetischen Erneuerung

Herr Kuschmirtz, Zentrale Gebäudewirtschaft, berichtet folgendes:

Am kommenden Montag, dem 18.08.2008 liegt dem Hauptausschuss eine Vorlage zum **Investitionspakt zur energetischen Erneuerung** vor.

Mit dem durch eine Bund-Länder-Verwaltungsvereinbarung im Juni geschlossenen Investitionspakt wird den Städten und Gemeinden ein Angebot eröffnet, sich mit Konzepten zur energetischen Erneuerung u. a. in Schulen um eine Förderung zu bewerben.

Das Programm reagiert auf den Investitionsstau bei der energetischen Erneuerung und soll vorrangig in Städten und Gemeinden helfen, in denen dieser Investitionsstau infolge besonders schwieriger Haushaltslage entstanden ist.

Hierfür stellen Bund und Land jeweils 200 Mio. € Fördermittel zur Verfügung. 1/3 der förderfähigen Kosten sind zudem von den Kommunen bereitzustellen.

Der Zeitrahmen für die Förderanträge ist allerdings sehr knapp bemessen, die Anmeldungen müssen der Bezirksregierung spätestens am 29.08.2008 vorliegen.

Da die Stadt 2008 einen nicht ausgeglichenen Haushalt aufweist, besteht nun die Möglichkeit, Gebäude mit einem schlechten energetischen Zustand mit einer Förderung von 2/3 der erforderlichen Investitionen umfassend zu sanieren.

Bereits vor bekannt werden des Investitionspaktes hat sich die ZGW gemeinsam mit der Uni Siegen der Thematik energetischen Sanierung gewidmet. Da bereits erste Untersuchungsergebnisse vorliegen, kann nun recht schnell auf den Investitionspakt reagiert und Förderan-

träge für die Adolf-Kolping-Schule und die Grundschule Lösenbach fristgerecht eingereicht werden.

Als dritte Maßnahme soll die Lüdenscheider Schützenhalle energetisch modernisiert werden. Als Besonderheit dieses Förderprogramms können u. a. auch Begegnungsstätten, die nicht der Stadt gehören, saniert werden. Die Stadt tritt hierbei als Antragsteller auf und muss mindestens 10 % der förderfähigen Baukosten aus eigenen Mitteln finanzieren. Ein Antrag der Lüdenscheider Schützengesellschaft sowie eine umfassende Maßnahmenplanung durch das Lüdenscheider Architekturbüro Wilde liegen vor.

Für diese drei Maßnahmen sind zusammenfassend folgende Eckdaten von Bedeutung:

Bei den Schulen kommen bei der Erneuerung Bautechniken zum Einsatz, die die vorhandene natürliche Außen- und Innenwärme für eine ausgeglichene Klimatisierung des Gesamtgebäudes so geschickt nutzen bzw. speichern, dass das Gebäude sich quasi selbst heizt. Eine Behelfsheizung wird nur noch für extreme Kältetage vorgehalten.

Durch die von der Uni Siegen momentan ermittelten Gesamtinvestitionen von über 3 Mio. € mit einem Eigenanteil von über 1 Mio. € können nach heutiger Kalkulation an den beiden Schulen jährlich Heizkosteneinsparungen von über 90.000 € erreicht werden.

Für die Schützenhalle sind umfassende energetische Sanierungsarbeiten geplant, die den Energieverbrauch um 50 % reduzieren sollen. Die förderfähigen Kosten betragen nach der Planung des von der Schützengesellschaft beauftragten Architekturbüros rd. 1.349.000 €, wobei ein Zuschuss durch Bund und Land von bis zu 900.000 € möglich ist.

Die Lüdenscheider Schützengesellschaft sieht sich aufgrund der eigenen finanziellen Situation, die insbesondere durch die umfangreiche Instandsetzungsarbeiten der letzten Jahre geprägt ist, nicht in der Lage, einen Eigenanteil aufzubringen und beantragt die Übernahme des kompletten Anteils von rd. 450.000 € durch die Stadt Lüdenscheid.

Ziel des Investitionspakts ist es, den Investitionsstau in den Kommunen abzubauen und vor allem die Umweltbelastung, insbesondere den CO²-Ausstoß zu verringern. Dem wird mit den drei Förderanträgen auch Rechnung getragen.

Mit der Adolf-Kolping-Schule und der Grundschule Lösenbach werden zwei Schulen auf einen modernen energetischen Stand gebracht. Beide Standorte sind in der langfristigen Schulpolitik unumstritten, so dass mit der Sanierung auch eine langfristige Investition erfolgt.

Bei der Schützenhalle wird der langfristige Erhalt des größten Veranstaltungsgebäudes sowie eines bedeutenden Denkmals in Lüdenscheid gesichert.

Mit der Antragstellung sind noch keine finanziellen Auswirkungen verbunden. Die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen sind erst nach entsprechender Bewilligung zu schaffen.

Neben dem eigenen, direkt spürbaren Nutzen für die Betreiber der Gebäude haben solche Maßnahmen aber auch Signalwirkung auf die heimische Bevölkerung und das heimische Handwerk. Die Wichtigkeit der energetischen Sanierung von Gebäuden und damit der Erhalt von Ressourcen und Verringerung der Umweltbelastung wird damit von der Öffentlichen Hand auch praktisch vorgelebt.

2.2.2. Sachstand "KAG-Programm"

Herr Rotter, Amt für Bauservice und Bauordnung, legt dar, dass bereits in der Ratssitzung am 16.06.2008 Bürgermeister Dzewas ausführlich auf die aktuellen Probleme bei Straßenbaumaßnahmen nach dem Kommunalen Abgabengesetz (KAG) eingegangen. Dabei ist die Erstellung eines „KAG-Programms“ angekündigt worden, in dem auf Grundlage einer für alle nachvollziehbaren Prioritätenliste die KAG-Maßnahmen der nächsten Jahre benannt werden sollen.

In Ergänzung dieser Antwort wird nunmehr mitgeteilt, dass als erster Schritt ein unabhängiges Ingenieurbüro mit der detaillierten technischen Überprüfung der schlechtesten Straßen im Stadtgebiet beauftragt werden soll. Hierunter sollen insbesondere die Straßen fallen, die bereits im Rahmen der NKF-Datenerfassung aufgrund ihres oberflächlichen Zustandes in die schlechteste Kategorie 5 eingestuft worden sind. Die genaue Darstellung des Fahrbahnaufbaus und des technischen Zustandes dieser Straßen soll ggf. auch durch Kernbohrungen dokumentiert werden.

Nach der Erfassung des technischen Straßenzustandes soll – zunächst allein unter diesem Gesichtspunkt – eine Prioritätenliste der dringend sanierungsbedürftigen Straßen erstellt werden.

In einem weiteren Schritt soll diese Liste mit den weiteren Kriterien für eine evtl. Beitragsfähigkeit nach KAG ergänzt werden. Diese können u.a. sein:

- Verkehrsbedeutung
- Finanzierung und Refinanzierbarkeit
- Eingriffe Dritter in den Straßenkörper (Versorgungsträger).

Erst nach Prüfung und Auswertung der vorgenannten Kriterien kann dann eine Prioritätenliste als „KAG-Programm“ aufgestellt werden. Dabei können sich einzelne Maßnahmen dieser Liste durch äußere Umstände ändern, so dass die Reihenfolge dementsprechend Jahr für Jahr neu überprüft und ggf. dann auch neu festgelegt werden muss.

Unabhängig hiervon wird der STL im Rahmen von laufenden Unterhaltungsmaßnahmen weiterhin die Verkehrssicherheit auf allen Straßen im Stadtgebiet gewährleisten.

3. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

3.1. Bekanntgaben

3.1.1. Sachstand der Lichtplanung Sternplatz

Frau Müller, Amt für Stadtplanung, Umwelt und Verkehr, gibt bekannt, dass Herr Angerer vom Büro ConceptLicht im vergangenen Jahr ein Konzept für den Sternplatz vorgestellt habe, von dem die Verwaltung sicher sei, dass es seine Wirkung nicht verfehlen werde. Bereits bei der Leuchte, die er für das Gothaer Haus konzipiert hat, konnte man eindrucksvoll sehen, dass er es geschafft hat, mit 2 Birnen á 150 Watt den gesamten Platanenhain aufzuhellen. Leider stellte sich aber heraus, dass die Detailplanung für den Sternplatz weitaus komplizierter ist. Es kommen vielfach Sonderleuchten zum Einsatz, d.h. für jedes Gebäude muss eine Extraleuchte konzipiert werden, und auch der Standort stellt ganz besonders hohe Anforderungen. Alle Leuchten waren geplant und das Leistungsverzeichnis stand bereits fest. In einer beschränkten Ausschreibung wurden 10 Anbieter angeschrieben und zur Angebotsaufgabe aufgefordert; leider ist nur ein einziges Angebot eingegangen. Dies sei nicht nur deshalb enttäuschend, weil keine Vergleichsmöglichkeiten vorhanden seien, sondern auch das Angebot selbst sei doppelt so hoch wie in der Kostenschätzung angenommen.

Die Verwaltung beabsichtigt nun ein weiteres Treffen mit dem Lichtplaner, um zu prüfen, an welchen Stellen das Lichtkonzept optimiert oder gestrafft werden kann, um im Kostenrahmen zu bleiben. Das Gespräch ist kurzfristig angesetzt, damit schnell ein Zeitplan abgegeben werden kann.

Unter den genannten Voraussetzungen kann nicht wie gewünscht im Herbst ein vollständiges umgesetztes Lichtkonzept gezeigt werden. Der Rathausplatz bleibt aber nicht im Dunkeln. Bereits jetzt gibt es Strahler vom Rathausdach, die den Platz beleuchten.

3.1.2. Sachstand "Parkpalette Corneliusstraße"

Bürgermeister Dzewas stellt den aktuellen Sachstand dar.

Die Überlegungen der Verwaltung, Investoren für die Parkpalette Corneliusstraße zu finden, haben leider nicht zum Erfolg geführt. Er schlägt nun vor, die Empfehlungen der Verwaltung als Entscheidungsgrundlage rechtzeitig zur Beratung in die Fraktionen zu geben und dann im nächsten Bau- und Verkehrsausschuss, Hauptausschuss und Rat zu entscheiden.

3.1.3. Straßenbaumaßnahmen 2009; Asenberg, Hotopstraße, Zum Tümpel

Frau Schubert, Amt für Stadtplanung, Umwelt und Verkehr, gibt bekannt, dass die Straßen Asenberg, Hotopstraße und Zum Tümpel im Jahr 2009 ausgebaut werden sollen. Die Planung soll noch in diesem Jahr mit den Anliegern besprochen und anschließend dem BVA zum Beschluss vorgelegt werden, damit möglichst früh im Jahr 2009 mit dem Ausbau begonnen werden kann.

3.1.4. Einrichtung einer Tempo-30-Zone; Freiherr-vom-Stein-Straße

Frau Schubert, Amt für Stadtplanung, Umwelt und Verkehr, gibt bekannt, dass die Verwaltung im Bereich Hasley beabsichtigt, eine Tempo-30-Zone einzurichten. Durch verschiedene Hinweise der Bürger und auch der dort ansässigen Institutionen, wie z.B. Schulen und Kinderheim, wird Handlungsbedarf gesehen.

Die Straßen südlich der Sauerfelder Straße werden dabei berücksichtigt. Dabei handelt es sich im einzelnen um folgende Straßen:

Hohfuhstraße, Paulinenstraße, Philippstraße, Peterstraße, Heckengang, Am Sonnenhang, Freiherr- vom – Stein - Straße zwischen Sauerfelder Straße und Talstraße, Im Schmidtschen Kamp, In der Landwehr, Im Hasley, Hasleystraße, Lindenau, Gartenstraße, Am Gartenhang und Grüberstraße.

3.1.5. Einrichten Bewohnerparken; Brüninghauser Straße

Frau Schubert, Amt für Stadtplanung, Umwelt und Verkehr, berichtet, dass es in der Vergangenheit im Bereich Brüninghauser Straße immer wieder zu großen Problemen gekommen sei. Die Bewohner haben zudem auch Schwierigkeiten, Parkplätze zu finden, seitdem das Krankenhaus den Parkplatz kostenpflichtig gemacht hat. Deshalb sind in den anliegenden Straßen immer wieder Dauerparker und Besucher zu beklagen.

Um diesem entgegenzuwirken und die Situation zu entschärfen, wird das Bewohnerparken im Bereich zwischen Kreisverkehr und Einmündung Europa-Allee eingeführt.

3.1.6. Radrennen

Frau Schubert, Amt für Stadtplanung, Umwelt und Verkehr teilt mit, dass in diesem Jahr die Deutschlandtour 2008 durch Lüdenscheid fährt. Sie startet am 29.08.08 in Kitzbühl und endet am 06.09.08 in Bremen. Am 04.09.08 führt die Etappe durch Lüdenscheid. Die Radfahrer kommen aus Werdohl den Höhenweg hinauf (L 655) und fahren dann durch Wettringhof (L 694) auf die B 229 zur Bräuckenstraße - Talstraße (B 54) bis zur Volmestraße – Halverstraße. Dort wird das Lüdenscheider Stadtgebiet dann wieder verlassen.

Die komplette Organisation übernimmt eine Agentur aus Hamburg mit einem Vertreter aus Werdohl. Für die verkehrsrechtliche Anordnung ist zum Teil auch das Amt für Stadtplanung, Umwelt und Verkehr zuständig in Abstimmung mit dem Kreis.

3.1.7. Busspur Weststraße

Frau Schubert, Amt für Stadtplanung, Umwelt und Verkehr, erläutert, dass bereits im Jahr 2004 die Planung für die Maßnahme „Weststraße“ im BVA vorgestellt wurde und auch im Zuge der ÖPNV-Priorisierung auf der Sauerfelder Straße schon beschlossen worden sei. Nun seien auch die Fördermittel für 2009 bewilligt, so dass die Weststraße im Bereich ab dem Seniorenheim bis zur Kreuzung Rathautunnel ausgebaut werden kann. Die Busspur soll bis zur Rathautunnelkreuzung durchgezogen werden. Die bereits vorhandenen Mittelinseln werden durch eine breitere Grüninsel ersetzt und neu gestaltet. Auf der gegenüberliegenden Seite wird die Straße etwas aufgeweitet um dort, falls erforderlich, eine Haltestelle einzurichten.

3.2. Beantwortung von Anfragen

3.2.1. Heberger Weg zur "Anliegerverkehrfrei"-Straße

Frau Schubert, Amt für Stadtplanung, Umwelt und Verkehr, beantwortet die Anfrage des Rats Herrn Dudas in der Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses vom 21.05.2008 wie folgt:

Die Überwachung des fließenden Verkehrs obliegt der Kreispolizeibehörde. Diese hat keine Kapazitäten frei, um Kontrollen in Straßen durchzuführen, die nur für den Anliegerverkehr freigegeben sind. Da aber diese Beschilderung von den Verkehrsteilnehmern oft missachtet wird, erbringt die Beschilderung nicht die gewünschte Wirkung.

Sollte der Durchgangsverkehr aber verhindert werden, würde dies außerdem gleichzeitig die Zunahme des Verkehrs auf der Kalver Straße in Höhe der Grundschule bedeuten, was sich eher negativ auf die Schulwegsicherung auswirken könnte.

Die Verwaltung sieht deswegen davon ab, den Heberger Weg mit "Durchfahrt verboten - Anlieger frei" zu beschildern.

3.2.2. Markierung Einbuchtung Gustavstr. 19; Radarkontrolle

In Beantwortung der Anfrage des Rats Herrn Dudas in der Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses vom 21.05.2008 teilt Frau Schubert, Amt für Stadtplanung, Umwelt und Verkehr, folgendes mit:

Die Markierung einer Sperrfläche ist in der geschilderten Situation nicht zweckmäßig, da Sperrflächen gemäß StVO nicht überfahren werden dürfen. Die markierte Fläche würde also

dem Verkehr entzogen. Die Markierung einer Zick-Zack-Linie ist ebenfalls nicht möglich, weil diese nur an Stellen angebracht werden darf, an denen gemäß StVO bereits das Parken verboten ist (z.B. im Bereich von Einfahrten).

Aus Sicht der Verwaltung wird in diesem Bereich kein Handlungsbedarf gesehen, da durch ein parkendes Fahrzeug zwar die Begegnungsstelle enger wird, aber keine Behinderung oder Gefährdung des Verkehrs besteht.

Herr Rotter, Amt für Bauservice und Bauordnung, fügt ergänzend die Stellungnahme des Rechts- und Ordnungsamtes hinzu, dass vom Messteam des Radarwagens Probemessungen in der Gustavstraße im Bereich des Weges zum Schulzentrum Wefelshohl durchgeführt worden sind. Die dortige Straßenlage ermöglicht jedoch wegen des Fehlens eines ausreichenden Messfeldes keinen einwandfreien Messbetrieb mit der Anlage, weshalb dort keine Messungen durch den städtischen Radarwagen möglich sind.

3.2.3. Defekte Vorrangschaltung der Busse an der Christuskirche

Frau Schubert, Amt für Stadtplanung, Umwelt und Verkehr, beantwortet die Anfrage des Rats Herrn Biernadzki in der Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses vom 21.05.2008 wie folgt:

Die Anforderung für die Busse konnte nicht mehr ausgelöst werden, weil eine Induktionsschleife defekt war. Eine Reparatur ist bereits erfolgt.

3.2.4. Zunehmender Zulieferverkehr Knapper Straße

In Beantwortung der Anfrage der Ratsfrau Gabler in der Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses vom 21.05.2008 teilt Frau Schubert, Amt für Stadtplanung, Umwelt und Verkehr, folgendes mit:

Über die Knapper Straße erfolgt die Anlieferung der Geschäfte in der Straße selbst und in der Wilhelmstraße. Sowohl die Lösenbacher Straße als auch die Knapper Straße sind hinsichtlich ihres Querschnittes und ihres Aufbaus für Fahrzeuge aller Art geeignet.

Mit welchen Fahrzeugen die Anlieferung der Geschäfte erfolgt, kann von der Straßenverkehrsbehörde nicht vorgegeben und auch nur schlecht beeinflusst werden.

Bei Überprüfung der Situation vor Ort an verschiedenen Tagen und zu unterschiedlichen Uhrzeiten konnten keine nennenswerten Probleme festgestellt werden.

Daher ist aus Sicht der Verwaltung kein Handlungsbedarf erforderlich.

3.2.5. Wasserverbrauch Wochenmarkt

Frau von Schaewen, Rechts- und Ordnungsamt, beantwortet die Anfrage des Rats Herrn Biernadzki in der Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am 21.05.2008 wie folgt:

Der Mehrverbrauch resultiert aus dem auf dem Wochenmarkt aufgestellten Toilettenwagen, der von den Markthändlern genutzt wurde. Dieser Wasserverbrauch wurde unmittelbar den Markthändlern zugerechnet.

3.3. Anfragen

3.3.1. Mitführen von Hunden auf dem Wochenmarkt

Ratsherr Eick erläutert, dass ihm aufgefallen sei, wie Hundebesitzer ihre Hunde über den Wochenmarkt führen. Er fragt, inwieweit die Marktordnung dies zulässt, da es in der Vergangenheit untersagt war.

Frau von Schaewen antwortet, dass die Marktordnung es nicht untersagt, Hunde auf dem Markt mitzuführen.

3.3.2. Blockierte Parkplätze Parkgarage Rathaus und Musikschulinnenhof

Ratsherr Wakup fragt an, ob es richtig sei, dass von den 89 Parkplätzen des Musikschulinnenhofs und der Rathausparkgarage 36 Plätze fest reserviert sind, und schlägt vor, die 4. und 5. Etage für solche Parkplätze zu sperren, damit Besucher nicht bis in die 5. Etage fahren müssen, in der es unmöglich sei, zu wenden.

Die Verwaltung sagt Prüfung zu.

3.3.3. Durchfahrverbot Hochstraße - Stärkere Kontrolle

Ratsfrau Gabler erläutert die enorme Fahrzeugbelastung in der Hochstraße ab 22 Uhr (trotz Durchfahrverbot von 22.00 – 4.00 Uhr) und bittet um stärkere Kontrollen der Polizei.

Die Verwaltung sagt Prüfung zu.

3.3.4. Einfahrverbot Altstadt - Stärkere Kontrolle

Herr Bodenheimer weist daraufhin, dass sich viele nicht an das ab 10 Uhr bestehende Einfahrverbot in der Altstadt halten. Er bittet den Verkehr dort stärker zu überwachen.

Die Verwaltung sagt Prüfung zu.

3.3.5. Parken Parkgarage Rathaus- Reservierte Parkplätze

Ratsfrau Hertel bittet darum, verstärkt die Parkgarage Rathaus zu kontrollieren. Sie habe festgestellt, dass dort etliche PKW mit gezogenem oder teilweise auch ohne Parkschein auf den reservierten Plätzen stehen.

Die Verwaltung sagt Prüfung zu.

gez. Diller
Vorsitzender

gez. Scholz
Schriftführerin